

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschloß
Tageblatt Riesa
Fernruf 1287
Postfach Nr. 52

Postfach Nr. 52
Riesa Nr. 52

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns
zu Großenhain befähigte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa
und des Hauptpostamtes Riesa

Nr. 180

Donnerstag, 4. August 1938, abends

91. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 11/8 mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesamte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 8 Pfg., die 30 mm breite, 2 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pfg. (Grundchrift: Petit 8 mm hoch), Biffergebühren 27 Pfg., tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingelangter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Kontur oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Gehestraße 52.

Der KdF.-Wagen auf dem Sachsenring

Eine sensationelle Ueberraschung für die Rennen am Sonntag

X Hochstein-Ernsthilf. Die Besucher des größten Motorradsrennens des Jahres, des Großen Preises von Europa, auf dem Sachsenring werden am Sonntag noch durch ein ganz besonderes Erlebnis überrascht werden. Der deutsche Volkswagen „Kraft durch Freude“ wird ihnen in seinen drei Formen vorgestellt werden.

Am Dienstag hat Reichsorganisationsleiter Dr. Ley die Separation für den KdF.-Wagen eingeleitet. Der gewaltige Ansturm von Anmeldungen schon in den ersten Tagen beweist, daß dieser Wagen wirklich Gemeingut des deutschen Volkes werden wird, und nun werden die Besucher des Großen Preises von Europa für Motorräder auf dem Sachsenring Gelegenheit haben, neben den besten Rennfahrern und den schnellsten Maschinen der Welt zugleich die geniale Schöpfung deutschen Erfindergeistes, den KdF.-Wagen, zu sehen.

Tausende und Abertausende deutsche Volksgenossen aus allen Gauen werden diese Gelegenheit, sich von der Leistungsfähigkeit und Schönheit des KdF.-Wagens durch eigenen Augenschein zu überzeugen, freudig ergreifen. Damit wird der große Tag des Sachsenrings, der 7. August, in allen Volkskreisen noch mehr als bisher widerhall finden.

Die Parole heißt: Auf zum Sachsenring!

Jeder soll seinen KdF.-Wagen haben!

Am Montag, 8. August, Anmeldebeginn im Gau Sachsen — keine Ueberfüllung, sondern Ruhe bewahren

Mit der Bekanntgabe des Beginnes der Separation für den KdF.-Wagen setzte eine Flut von Anfragen an die Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront ein. Dieser wohlwollende Ankurs ist aber völlig unnötig, denn die Anmeldeaktion beginnt im Gau Sachsen erst am Montag, 8. August 1938. Für den KdF.-Wagen werden keine direkten Bestellungen entgegengenommen. Jeder Volksgenosse, der einen KdF.-Wagen erwerben will, muß zunächst einen Antrag auf Ausstellung einer KdF.-Wagen-Sparkarte stellen. Die dazu erforderlichen Formulare, die bereits in der Presse abgedruckt wurden, stehen zunächst in beschränkter Anzahl ab Montag, 8. August in allen Ortsleitungen zur Verfügung, wo sie von den einzelnen Volksgenossen oder den Betriebsobmännern abgeholt werden können. Es ist unnötig, am Montag gleich sämtliche Interessenten zu bedienen, da die Druckereien dem gewaltigen Bedarf nicht so schnell nachkommen können. Es erfolgen aber laufend weitere Lieferungen an die Ortsleitungen der Deutschen Arbeitsfront.

Es ist gar nicht nötig, nun gleich am Montag die Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront zu beströmen, denn die Verteilung der Bestellnummern, von der der Liefertermin abhängig ist, erfolgt viel später. Die Reihenfolge des Einganges der Antragsformulare hat darauf gar keinen Einfluß, so daß es überhaupt keine Rolle spielt, ob ein Volksgenosse gleich in den ersten Tagen oder erst einigen Wochen später seinen Antrag auf Ausstellung einer Sparte einreicht.

Die Anträge für die Lieferung aus der Produktion des ersten Jahres sind bereits den einzelnen Gauen fest zugeteilt und auch unser Gau Sachsen hat eine bestimmte, seiner Größe entsprechende Zahl KdF.-Wagen zugewiesen erhalten. Die Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront können natürlich jetzt noch keinerlei Auskunft erteilen, wann die ersten Lieferungen erfolgen und wer zuerst berücksichtigt wird. Die Zuteilung der Bestellnummern erfolgt, wie gesagt, erst viel später auf Grund einer Prüfung der Verhältnisse des Sparers und unter Berücksichtigung der Regelmäßigkeit seiner Sparteinlagen.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Gauverwaltung und die Kreisverwaltungen der Deutschen Arbeitsfront keine Antragsformulare aushändigen oder entgegennehmen können. Alle Anfragen sind deshalb ausschließlich an die Ortsleitungen zu richten. Soweit in den Betrieben ein Betriebsobmann vorhanden ist, vermittelt dieser den Verkehr mit den Ortsverwaltungen, so daß nicht jedes einzelne Volksgenossenschaftsmitglied diese Dienststelle aufsuchen braucht. In einiger Zeit werden genügend Betriebsobmännern nicht mehr einzeln angefordert zu werden brauchen, sondern so- gar vorrätig gehalten werden können.

Die Gauverwaltung Sachsen erlucht alle Volksgenossen dringend, die Ruhe zu bewahren, jeden Andrang und vor allem die unnötigen Rückfragen zu vermeiden. Die sachliche Presse wird ihre Vorkämpfenschaft auf dem lauten halten und schnellstens unterrichten.

Neue Rechtsübergrieffe der Schweden

Schwedische Schule oder Entlassung

Rechtswidrige Vernehmungen deutscher Richter

W Prag. Der sudetendeutsche Senator Ludwig Frank richtete an den Minister für Schulwesen und Volkshilfe und an den Minister für Eisenbahnen eine Interpellation, in der die Entlassung des Bahnarbeiters Benzel Boblitz in Döbeln, Kreis Riesa, behandelt wird. Darin heißt es:

Am 17. Juni 1938 erschien an der Arbeitsstelle der Bahnarbeiter bei Döbeln, Bezirk Riesa, der Bahnrichter Dorat und las eine Kundmachung vor, die den deutschen Bahnarbeitern von ihren tschechischen Arbeitskameraden überlesen wurde, des Inhalts, daß sie ihre Kinder in die tschechische Schule in Döbeln einweisen sollen.

Am 23. Juni 1938 wurde der Bahnarbeiter Benzel Boblitz auf die Bahnhaltstelle Döbeln vom Bahnbediensteten Scholer zum tschechischen Oberlehrer gerufen, der ihn aufforderte, seine Kinder in die tschechische Schule zu schicken, was ihm Vorteile bringen werde, und ihm drohte, daß er es im Wegefall bereuen müßte. Da sich aber Benzel Boblitz weigerte, seine Kinder in die tschechische Schule zu schicken, wurde er bereits am 24. Juni 1938 aus der Arbeit entlassen, da er angeblich vorbestraft sei. (1)

Senator Ludwig Frank hat ferner an den Justizminister eine Interpellation gerichtet, in der er sich gegen rechtswidrige Vernehmungen beim Bezirksgericht in Marienbad durch den Vizepräsidenten Friedrich vom Kreisgericht Eger wendet. Der Interpellation liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 11. Juni 1938 erschien beim Kreisgericht in Marienbad der Vizepräsident des Kreisgerichts in Eger, Friedrich, und verbot die deutschen Richter und Beamten wegen Beteiligung am Umsturz der Sudetendeutschen Partei am 1. Mai 1938. Ueber den Gegenstand des Verhörs wurden auch Zeugen und Geheimagenten der Staatspolizei in Marienbad befragt und sogar den vernommenen Richtern und Beamten gegenübergestellt.

Das Vorgehen des Vizepräsidenten Friedrich widerspricht den im § 117 der Verfassungsurkunde aufgestellten Grundregeln der Freiheit der Meinungsäußerung und geltenden Verfahrensgrundsätzen. Außerdem erscheint es geeignet, durch die Konfrontation mit untergeordneten Exekutivorganen als Belastungszeugen das Ansehen und die

Standeswürde der Richter herabzusetzen, abgesehen davon, daß eine Konfrontation nur in Strafverfahren vorgesehen ist. Schließlich wurde vom Obergericht in Prag als der dem Vizepräsidenten Friedrich übergeordneten Instanzbehörde die Mitteilung herausgegeben, daß die Mitgliedschaft von Richtern bei der Sudetendeutschen Partei und deren Beteiligung an deren Veranstaltungen als zulässig bezeichnet wird.

Erregung in der Glatzer Bevölkerung

über die neue Grenzverletzung

Die tollsten Raubzüge der tschechischen Piloten

Photoaufnahmen aus 100 Meter Höhe

W Glatz. Die Grenzverletzung, die gestern zwei tschechische Jagdflugzeuge begingen, hat bei der Bevölkerung des Glatzer Berglandes größte Empörung ausgelöst, eine Empörung, die um so größer ist, als die tschechischen Militärpiloten mit einer Dreifachheit sondergleichen vorgingen und sich überhaupt keine Mühe gaben, ihre militärischen Vorhaben zu verdecken. In ihrer ganzen Durchdringung erinnert diese tschechische Aktion an die serienweisen Grenzverletzungen tschechischer Militärflieger vom Mai d. J.

Ueber den Vorfall in Glatz werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Das Auftauchen der Flieger, die kurz vor 1/11 Uhr in etwa 300 Meter Höhe über der Gude bei Reichenstein in das deutsche Reichsgebiet eingeflogen waren, wurde sofort in der ganzen Stadt Glatz, die ihr erstes großes Ziel war, bemerkt und verfolgt. Unter den gewagtesten Kurven in stielischer Tiefe flogen die beiden Maschinen ihre Ziele an, die sie auf die Platte bannen wollten.

Deutsch wurde beobachtet, wie die Dretz ihre Photoapparate auf die betreffenden Objekte richteten, wobei vor allem von den Tschechen strategisch wichtig erscheinende Punkte, wie besonders auch die Bahnhofsanlagen, aufs Korn genommen wurden.

Es konnte des weitern beobachtet werden, daß sich die Flieger in der Luft miteinander durch Signale verkan-

Schärfster Einspruch

der deutschen Gesandtschaft in Prag

W Berlin. Die deutsche Gesandtschaft in Prag hat gegen die erneute, offenkundig vorläufige Ueberfliegung deutschen Reichsgebietes bis zur Stadt Glatz durch tschechoslowakische Militärflugzeuge schärfsten Einspruch bei der tschechoslowakischen Regierung erhoben und Bekräftigung der Schuldigen verlangt.

Prag steckt den Kopf in den Sand

Tiefes Schweigen um die Glatzer Provokation

Prag. Die auffallende Tatsache, daß weder tschechische Nachrichtenstellen, noch irgend ein tschechisches Blatt auch nur eine Zeile über die unerhörte Grenzverletzung bei Glatz gemeldet haben, erscheint für das Prager System überaus bezeichnend.

Während diese demokratischen „Friedensfreunde“ häufig von einer Bedrohung durch die „tschechischen Mächte“ reden, lassen sie die Bevölkerung über ihre eigenen Provokationen, die allein den Frieden gefährden, völlig im unklaren. Wenn die amtlichen Stellen in der Tschechoslowakei aber auch nicht den Mut haben, sich vor ihren Landsleuten zu ihren eigenen „Veldentaten“ zu bekennen, so dürften sie doch darüber nicht im Zweifel sein, daß ihre Vogel-Strauß-Politik vor der Weltöffentlichkeit keinerlei Erfolg haben dürfte. Hier ist es längst bekannt geworden, und wird sich dies auf Umwegen vielleicht auch nach Prag herumersprechen, wo die wahren Saboteure des Friedens ihren Sitz haben.

bigten, und kurz darauf, offenbar, nachdem sie sich darüber im klaren waren, daß sie ihre Aufgabe gelöst hatten, in einem höllischen Tempo, das teilweise mit 250 Kilometer, teilweise mit 300 und mehr Kilometer geschätzt wird, über die Auferstehungen von Glatz hinrasten, aber auch hier noch tief genug, daß die tschechischen Hoheitszeichen klar erkannt werden konnten.

Welche scharfen Kurven die Flieger gerissen haben, um für ihre Aufnahmen freie Blickfelder zu bekommen, geht daraus hervor, daß selbst die auf den oberen Tragflächen angebrachten Kreise mit den Farben rot, weiß und blau von der Erde aus gesehen werden konnten. Die photographischen Aufnahmen erfolgten aus einer Höhe von etwa 150 Meter. Teilweise gingen die Flugzeuge sogar bis auf 100 Meter herab, wobei die Geschwindigkeit gegenüber dem An- und Abflug wesentlich herabgemindert war. Nachdem sie ihre Aufgaben erfüllt hatten, gingen die Flieger sofort wieder etwas in die Höhe und erreichten beim Ueberfliegen der Glatzer Auferstehungen etwa 200 Meter von der Erdoberfläche. Beim Ueberfliegen von Kengersdorf und Hohlshau in der Nähe von Mittelwalde hatten die Flieger wieder eine Höhe von 500 bis 600 Meter.

Die obenstehend verzeichneten Umstände sprechen einwandfrei dafür, daß es sich bei dieser tschechischen Grenzverletzung wiederum um eine planmäßige Aktion handelt. Sollte man in Prag jetzt zu der Version greifen, daß es sich um ein „Versehen“ handle, so wäre das im übrigen auch schon deshalb gegenstandslos, weil am Mittwoch vormittag in der ganzen Grafschaft Glatz sonniges und klares Wetter geherrscht hat, so daß von einem „Verfliegen“ nicht die Rede sein kann.

Noch, während die Flugzeuge über der Stadt kreuzten, sammelten sich überall in den Straßen erregte Gruppen. Diese neuerliche „Bravourleistung“ tschechischer Piloten diskutierten. Tausende von Teilnehmern des Deutschen Turn- und Sportfestes, die sich im Anschluß an dieses große Fest gegenwärtig auch in der Grafschaft Glatz aufhalten, darunter Angehörige aller deutschen Stämme und auch ausländische Volksgenossen, haben dabei ebenfalls mit eigenen Augen sehen können, auf welche Weise von tschechischer Seite immer wieder Unruhe geschäft wird.

Eine Provokation!

Starke Beachtung der neuen tschechischen Grenzverletzung durch die polnische Presse

Warschau. Die neue unverkämte Grenzverletzung durch tschechoslowakische Flugzeuge durch die Ueberfliegung von Glatz wird von der polnischen Presse hart beachtet.

Der regierungsfreundliche „Kurjer Poranny“ bezeichnet die Ueberfliegung deutschen Gebietes durch die tschechoslowakischen Flieger als eine Provokation. Der ebenfalls regierungsfreundliche „Głos Poranny“ spricht in diesem Zusammenhang von einem bösen Omen für Lord Runciman.

Ein Landesverräter hingerichtet

W Berlin. Die Justizpressestelle teilt mit: Heute ist der vom Reichskriegsgericht wegen Landesverrat zum Tode verurteilte Wilhelm Raschel aus Dresden, geboren am 4. September 1915 in Rewin, Kreis Glatz, hingerichtet worden. Raschel ist, getrieben von Geldgier, ganz aus freien Stücken mit einem ausländischen Nachrichtendienst in Verbindung getreten und hat es dann unternommen, wichtige militärische Geheimnisse zu verraten; er hat sich nicht gescheut, sich bei der Ausführung seines landesverräterischen Unternehmens eines jungen Mädchens als Mittelsperson zu bedienen. Sein verbrecherischer Wille war so hart, daß der Tod die einzige Erlösung sein konnte.